

Nummer 118 — 33. Jahrgang
Ercheint 6 mal wöchentlich mit der Wochenschrift
beilage „Der Feuerleiter“ und mehreren Beilagen
Wochenschrift Beilage:
Krieg. 8 mit St. Bismarck und Feuerleiter Nr. 2,70
Krieg. 8 ohne St. Bismarck u. mit Feuerleiter Nr. 2,20
Krieg. 8 ohne St. Bismarck u. ohne Feuerleiter Nr. 1,70
Einzelnummer 10 Pfg., Sonntags- u. Sonntag-Nr. 20 Pfg.

Ausgabe A-B und C

Freitag, den 25. Mai 1934

Verlagsgesellschaft
Kriegsgelddruckerei die Spaltige 22 um Dreieck Seite 6 Pfg.
— für Familienanzeigen und Kleinanzeigen 5 Pfg. —
Für Platzanzeigen können wir keine Gewähr leisten

Sächsische Volkzeitung

Redaktion: Dresden-N., Volkerstr. 17, Fernr. 20711 u. 21022
Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Germania Buchdruckerei
u. Verlag G. m. b. H., Volkerstr. 17, Fernr. 21022,
Verlag: Nr. 1023, Post: Stadtbank Dresden Nr. 94707

Unabhängige Tageszeitung
für christliche Politik u. Kultur

Im Falle von höherem Gewalt, Verbot, Streit über
Einschaltungen hat der Verleger oder Inhaber keine
Verpflichtung, falls die Zeitung in beschränktem Umfang
veröffentlicht oder nicht erscheint — Erfüllungsort Dresden

Dokumentendiebstahl an der Saar?

Unterschlagung oder Provokation?

Saarbrücken, 24. Mai.

Pariser Meldungen zufolge zeigt man sich dort zuerst erregt über einen angeblichen Diebstahl, der nach der ersten Besatz im Archiv der französischen Grubenverwaltung in Saarbrücken, nach späteren Meldungen in der Direktion der Dominialschule Friedriehsthal verübt worden sei. Es sollen aus dem Büro der Verwaltung der französischen Schule Akten entnommen worden sein. Dieser zuerst nicht besonders beachtete Vorfall wird bemerkenswerterweise von der gesamten Pariser Presse mit verdächtigem Eifer groß aufgemacht, um den Beweis zu erbringen, daß die Polizei im Saargebiet angeblich nicht ausreiche und eine (neutrale) Polizeitruppe notwendig sei. Diese Vorwürfe liegen natürlich ganz in der Richtung der bekannten französischen Bestrebungen.

Die daraus angestellten Nachforschungen haben ergeben, daß als mutmaßliche Täter 3 naturalisierte Franzosen namens Regneri, Scherer und Mäs in Frage kommen, die bisher zu den vertrautesten Mitarbeitern des Herrn Roullier gehörten und in den nächsten Tagen ihren Dienst in der französischen Armee an-

treten sollten. Als Entgelt für bisher treu geleistete Dienste hatten sich diese drei von Herrn Roullier 100 Francs und von dem Divisionär der Grube Mangbad 200 Francs geliehen, die sie aber in der Eile offenbar vergaßen, zurückzuerstatten. Es liegt also offensichtlich eine Unterschlagung durch bisherige Treuhänder der französischen Verwaltung oder aber eine beabsichtigte Provokation vor.

Die „Saarbrücker Zeitung“ verleiht ihre Pariser Meldungen über den Dokumenten-Diebstahl mit folgendem Nachwort: „Sind die Akten überhaupt gestohlen worden? Diese Frage ist nicht unberechtigt. Es gibt da eine andere Lesart, und die ist nicht eben unwahrscheinlich. Braucht man einen neuen Fall? Der Eifer, mit dem sich die französische Presse der Angelegenheit annimmt, und sie politisch ausspielt, ist jedenfalls höchst verdächtig. Ob nun Diebstahl oder „Diebstahl“ vorliegt?“

Politische Kreise im Reich und im Saargebiet hatten es jedenfalls nicht nötig, neues Material über die französischen Dominialschulen beizubringen, über die man ja faßsam Bescheid weiß.

Politik vom Tage

Die eifrigsten Bemühungen des Außenministers Barthou um eine französisch-russische Annäherung rufen die Erinnerung an die Zeit wach, in der angeblich die deutsch-russische Freundschaft ein Hindernis für die deutsch-französische Verständigung war. Immer wieder wurden die deutschen Verbindungsleute in Paris mit einem Unterton moralischer Entrüstung auf den skandalösen „Verkehr“ mit den Bolschewisten hingewiesen. Solange Deutschland keine Bedenken trage, mit jenen erklärten Feinden der Zivilisation vertraute Beziehungen zu pflegen, könne es auf rückhaltloses Vertrauen nicht rechnen.

Und was tut Frankreich! Kaum hatte die Niederwerfung des Kommunismus in Deutschland die Gefühle des russischen Bundesgenossen abgekühlt, als auch schon die Bräutigam aus Frankreich anrückten. Der radikalsozialistische Parteiführer Herriot machte seine „Erkundungsreise“ nach Sowjetrußland, von der er außerordentlich befridigt zurückkehrte, wahrscheinlich weil er feststellte, daß die freimaurerische Linke Frankreichs mit dem Bolschewismus mehr Gemeinsames hat, als es früher geschienen. Nun setzt das Kabinett der „Nationalen Union“, also ein bürgerlich-gemäßigtes, hart nach rechts neigendes Kabinett die Politik Herriots mit erhöhtem Eifer fort. Wer da von Inkonsistenz und Unwahrscheinlichkeit sprechen wollte, der wüßte nicht, daß die Franzosen in aller Unschuld immer das für moralisch und kulturfördernd halten, was ihrer politischen Machtpolitik dienlich ist.

Die Schweiz und Sowjetrußland

Scharfe schweizerische Ablehnung einer Aufnahme Rußlands in den Völkerbund

Genf, 24. Mai.

Angelehnt der Wahrscheinlichkeit, daß die Anwesenheit des russischen Außenministers Litwinow in Genf in der kommenden Woche zu internationalen Verhandlungen über den Eintritt Rußlands in den Völkerbund und über den russischen Plan eines auf Europa beschränkten gegenseitigen Hilfestellungsvertrages führen wird, beschäftigt sich die schweizerische Presse wieder ausführlich und zum Teil leidenschaftlich mit diesen Fragen und ihren möglichen Rückwirkungen auf die Schweiz.

Das „Journal de Genève“ läßt sich aus Bern melden, daß man dort wieder von einem diplomatischen Druck auf die Schweiz rede mit dem Ziel, den Widerstand der schweizerischen Regierung wegen dem Eintritt Rußlands in den Völkerbund zu überwinden. Gleichwohl wünscht man — als Voraussetzung für den Eintritt Rußlands — die formale Anerkennung Sowjetrußlands durch die Schweiz. Das Blatt hofft, daß die Bundesregierung im Einklang mit der öffentlichen Meinung der Schweiz fest bleiben werde und lieber selbst den Völkerbund verläßt, als einem derartigen Druck weicht. Die Erledigung einer russischen Gesandtschaft in Bern wäre gleichbedeutend

mit dem Beginn einer grobkörnigen sowjetrussischen Propaganda in der Schweiz.

Selbst die sonst immer franzosenfreundliche „Gazette de Lausanne“ gibt den Franzosen zu bedenken, daß ein Bündnis Frankreichs mit Sowjetrußland die Engländer veranlassen könnte, sich Deutschland wieder näher zu nähern, was an sich dem Wunsch Macdonalds entspräche. Auch die mühsam verbesserten Beziehungen zwischen Paris und Rom würden dadurch von neuem in Frage gestellt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ überschreibt einen Leitartikel „Die Schweiz vor folgenschweren Entscheidungen“. Das Blatt wendet sich ebenfalls mit großer Schärfe gegen den Eintritt Sowjetrußlands in den Völkerbund und gegen die Anerkennung durch die Schweiz. Es befürchtet, daß man im Bundeshaus in dieser Frage doch nicht fest genug bleiben werde. Deshalb erinnert es an die Gefahren, die für die Schweiz erwachsen würden, wenn erst einmal eine sowjetrussische Vertretung in Bern vorhanden sei. Die Sowjetgesandtschaft mit ihrer G.W.L.-Abteilung könnte in der Schweiz nach Belieben wüßten und ihre Tätigkeit von hier aus nach anderen Ländern ausdehnen.

Der Umsturz in Bulgarien hat die Errichtung der Diktatur in Lettland, die ein paar Tage vorher erfolgt war, in den Hintergrund gedrängt. Wenn auch die Urheber und Leiter des Staatsstreichs, Ministerpräsident Umanis und General Balodis, noch radikal vorzugehen, als die bulgarischen Revolutionäre, so ist doch der innere Umbruch offensichtlich weniger durchgreifend, als in Bulgarien. Die Diktatur ist von Politikern angesetzt worden, die seit der Gründung der lettischen Republik eine mehr oder weniger bedeutende Rolle gespielt haben. Man könnte die Regierung Umanis als ein Kabinett der „Mitte“ ansprechen, wenn nicht durch die Schließung des Parlaments und die Auflösung sämtlicher Parteien solche Begriffe unanwendbar geworden wären. Jedenfalls sind nicht nur die marxistischen Führer, sondern auch die der rechtsradikalen „Legionäre“ verhaftet worden. Außer den marxistischen und jüdischen wurden auch die nationalistisch gerichteten Mütter in lettischer, russischer und deutscher Sprache verboten. Ihre Stützen hat die Diktatur an der Armee und an der sogenannten Schutzwehr, einer bewaffneten Freiwilligenorganisation, die hauptsächlich aus Bauern besteht. Welche Verfassungsform aus dem Übergangregime erwachsen wird, läßt sich nicht einmal vermuten. Im Manifest der neuen Regierung heißt es, daß sich „die Maßnahmen nicht gegen die Demokratie Lettlands“ richten. „Demokratie“ ist aber in einem vieldeutigen Begriff geworden. Ganz unzweifelhaft wird in dem Manifest der nationalistische Grundzug der neuen Bewegung ausgesprochen. Wir wünschen ein Lettland, in dem unsere nationale, selbständige lettische Kultur gedeihen kann, ein Lettland, in dem das Lettische blüht und das Fremde sich windet.“ Derartige Töne haben die deutsche Minderheit aufhorchen lassen. Eine Beschränkung der Schulautonomie der Minderheiten wird bereits in den Direktiven des Ministerpräsidenten an den Bildungsminister angefügt.

Am 22. Mai, also wenige Tage nach der Kampfansage der lettischen Diktatur gegen „das Fremde“, führte sich zum 15. Mal der Tag der Einnahme Rigas durch deutsche Freikorps und einheimische Schutzwehr. Damit ist von dem jungen Staate endgültig die bolschewistische Ueberflutung abgewehrt worden; ohne die Waffenerfolge der deutschen Frontkämpfer wäre er wahrscheinlich schon in der Entstehung vernichtet worden. Die deutschen Ketter haben aber keinen Dank geerntet, im Gegenteil, man hat sie ausgetrieben und beschimpft. Unter Duldung der Friedenskonferenz in Versailles und auf dringende Bitten der lettischen Regierung, die auch damals Umanis hieß, hatten Offiziere des alten Heeres die Freiwilligen-Formationen aufgestellt, um die Rote Armee aus dem Lande zu treiben und geordnete Zustände zu schaffen. Im Offiziere und Mannschaften zu ernannt, hatte die Regierung Umanis ganz bestimmte Verpflichtungen gemacht; die deutschen Freiwilligen sollten eingebürgert werden und Siebelungsland erhalten. In einem kurzen, überaus aufreizenden Feldzug wurde das Ziel erreicht. Dann garteten die deutschen Hilstruppen zwischen die inneren Parteien

Wechsel in der Berliner Sowjetbotschaft

Moskau, 23. Mai.

Der Botschafter der Sowjetunion in Berlin Chintshuf hat einen Urlaub angetreten, von dem er auf seinen Posten nicht mehr zurückkehren wird. Zu seinem Nachfolger ist der Sowjetbotschafter in Ankara Suriz ausersehen, zu dessen Ernennung das Abgremet der deutschen Reichsregierung bereits erstellt worden ist.

Der Botschafterwechsel soll in etwa sechs Wochen stattfinden. Botschafter Chintshuf hat die Sowjetunion in Berlin seit fast vier Jahren vertreten. Er ist ein hervorragender Wirtschaftsmann, der seinerzeit Präsident der Konsumgenossenschaften der Sowjetunion war. Die Sowjetregierung will ihn nunmehr wieder auf einen höheren wirtschaftsamtlichen Posten in Moskau stellen. Der neue Botschafter Suriz, der 50 Jahre alt ist, hat das Botschafteramt in Ankara seit elf Jahren innegehabt, nachdem er vorher Gesandter in Kabul gewesen war. Er war in letzter Zeit der Doge des diplomatischen Korps in der türkischen Hauptstadt. Seine Verdienste um die Ausgestaltung der russisch-türkischen Beziehungen wurden vor kurzer Zeit durch Verleihung des Lenin-Ordens gewürdigt. In Ankara hat er freundschaftliche Beziehungen zu dem deutschen Botschafter Nodolng angeknüpft, der bekanntlich jetzt Botschafter in Moskau ist. In den Moskauer politischen Kreisen erwartet man von diesen persönlichen Beziehungen der beiden Diplomaten eine Auswirkung auf die weitere Festigung und Ausgestaltung der russisch-deutschen Beziehungen.

Karahan Sowjetbotschafter in Ankara?

Reval, 24. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, wird als Nachfolger des nach Berlin verlegten Botschafters Suriz in Ankara der ehemalige Stellvertreter des Außenministers Karahan genannt, für den ein Abgremet bei der türkischen Regierung nachgesucht worden ist.

Kultur-Bolschewismus in Spanien

Barcelona, 24. Mai. Am vergangenen Sonntag eignete sich, wie El Mati berichtet, beim Dorfe Colonia Güell ein ungeheuerlicher Skandal. Marxistische Kulturorganisationen veranstalteten in einem unmittelbar bei der Kirche gelegenen Wald eine große Zusammenkunft. In der Kirche wurde gerade Erstkommunion gefeiert, so daß größtes Kergernis entstand. Eine sonst an diesem Tage übliche eucharistische Prozession konnte nicht abgehalten werden.

Neuer Orden in Oesterreich

Wien, 24. Mai. Wie ein Wiener Blatt meldet, soll in Oesterreich ein neuer Orden geschaffen werden, und zwar nach dem österreichischen Landespatron, dem heiligen Leopold. Dieser Orden würde an den alten Leopoldorden der Monarchie erinnern.

A-Stadtbibliothek
204